

**ARBEITSPAPIERE  
ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE UND  
ÖKONOMISCHEN BILDUNG**

---

Nr. 4

**Versprochen und gehalten?**

Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte von  
Rot-Grün auf dem Prüfstand

von Arne Heise

März 2002



**Universität zu Köln  
Seminar für Sozialwissenschaften  
- Abteilung Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik -  
Gronewaldstr. 2**

**50931 Köln**

**Herausgeber: Prof. Dr. Arne Heise**

In den *ARBEITSPAPIEREN ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE UND ÖKONOMISCHEN BILDUNG* erscheinen in unregelmäßiger Folge fachwissenschaftliche und fachdidaktische Beiträge, Unterrichtsmaterialien und Arbeitshilfen zu allen Themenfeldern der Politischen Ökonomie mit dem Ziel der Förderung der Fachwissenschaft wie auch der ökonomischen und politischen Bildung. Die Beiträge stehen in alleiniger Verantwortung der Autoren.

Redaktionsanschrift und Bestelladresse:

Universität zu Köln  
Seminar für Sozialwissenschaften  
Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik  
z.Hd. Frau Böhnlein  
Gronewaldstr. 2

50931 Köln

## **Versprochen und gehalten?**

### **Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte von Rot-Grün auf dem Prüfstand**

„It's the economy, stupid!“ – auf die Wirtschaft kommt es an, Dummkopf! Dieser dem amerikanischen Wahlkampf entlehnte Spruch dürfte die Handlungsmaxime des von der SPD-Kampa geführten letzten Bundestagswahlkampfes recht gut einfangen.<sup>1</sup> Es war den Parteistrategen klar, dass – abgesehen vom allgemeinen Überdruß nach 16 Jahren Kohl-Regierung – nur ein überzeugendes wirtschaftspolitisches Konzept und das glaubhafte Versprechen eines markanten Abbaus der überbordenden Arbeitslosigkeit dazu befähigen könnte, eine regierungsfähige Mehrheit jenseits der sich frühzeitig auf eine Fortführung ihrer Koalition festgelegten Regierungsparteien CDU/CSU und FDP zu erhalten.<sup>2</sup> Nach dem Einigungsboom (in Westdeutschland) Anfang der 1990er Jahre war es Deutschland unter Helmut Kohl nicht mehr gelungen, seine stagnative Wirtschaftsentwicklung zu überwinden, die Arbeitslosigkeit stieg im Wahljahr 1998 auf über 4 Millionen an und auch die öffentliche Neuverschuldung entwickelte sich in einem Maße, die die Berechtigung zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion 1999 sehr mühevoll werden ließ. Zwar konnte es der damalige Finanzminister Theo Waigel innenpolitisch als Erfolg verkaufen, dass es ihm gelungen war, die europäischen Partner auf einen finanzpolitischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) einzuschwören, der die Deutschen die Aufgabe der D-Mark leichter akzeptieren ließ. Ein solcher Schritt schien der regierenden Koalition notwendig, um die latente Skepsis der Wahlbürger gegenüber der Währungsunion nicht zu leicht zum Angriffspunkt für den seine Euroskepsis pflegenden sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten werden zu lassen. Damit aber verbaute sich Waigel gleichzeitig den häufig erprobten Weg, durch arbeitsmarktpolitische Großzügigkeit und gezielte konjunkturpolitische Maßnahmen im Wahljahr einen kurzfristigen Aufschwung zu initiieren, der als Wende am Arbeitsmarkt hätte verkauft werden und so die Wiederwahlchancen erhöhen können.

Schröder nutzte diese Chance konsequent: Einerseits band er seine Wahl an das Versprechen, nach vier Regierungsjahren die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt zu haben. Die Einlösung dieses Versprechens – konkretisiert durch die Benennung einer Größenordnung von 3,5 Millionen Arbeitslosen als Zielpunkt - wurde zur selbstaufgelegten Meßlatte für den Erfolg der

---

<sup>1</sup> So befasst sich Rudolf Scharpings Wahlkampfmanifest „Wir schaffen das moderne Deutschland“ (Scharping 1998) fast ausschließlich mit wirtschaftlichen Problemstellungen.

Regierungsarbeit der Schröder-Administration. Andererseits wurde geschickt eine inhaltliche und personelle Doppelstrategie gefahren, die sowohl den traditionellen SPD-Wähler als auch den Wähler der ‚Neuen Mitte‘ ansprechen und am Wahltag binden sollte: Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender und designierter Finanzminister und Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat, das Motto ‚Innovation und Gerechtigkeit‘ des Leipziger Wahl-Parteitages von 1998 genauso wie Schröders Statement ‚Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen‘ signalisierten einerseits Reformbereitschaft und versicherten den „(a)ngehörige(n) der Aufsteigermillieus, der neuen Arbeitnehmergruppierungen und selbständigen Berufe“ (Grundwertekommission 1999), dass die Sozialdemokratie nicht der ‚Stützpfeiler der alten Ordnung‘ (vgl. Kesselman 1996, S.147) sei, andererseits wurden auch traditionelle sozialdemokratische Werte hinreichend vermittelt und verkörpert.<sup>3</sup>

Das Ergebnis kennen wir: Mit 40,9 Prozent der Zweitstimmen wird die SPD mit großem Vorsprung von fast 6 Prozentpunkten vor der CDU/CSU stärkste Partei im neuen Bundestag und kann mit Bündnis 90/Die Grünen eine stabile Koalitionsregierung bilden. Die hochgradig mobilisierten traditionellen Stammwähler erwarten ein Ende der Austeritätspolitik, die allein den wirtschaftspolitischen Trias ‚Konsolidierung-Lohnzurückhaltung-Arbeitsmarkt-flexibilisierung‘ herunterbetete, etwa 3 Millionen ‚Neuwähler‘ aus der umkämpften Mitte erwarten eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und Anpassung an veränderte, globale Strukturen<sup>4</sup>, die sie Helmut Kohl nicht mehr zutrauten. Der Wahlsieg brachte nun die Chance, sozialdemokratische Regierungsfähigkeit nach 16 Jahren bundespolitischer Abstinenz zu beweisen, aber auch die Gefahr, den Spagat der beschriebenen personellen und konzeptionellen Dualität nicht durchzuhalten (vgl. Stöss/Neugebauer 1999).

## **1. Der Kampf um eine wirtschaftspolitische Konzeption der Schröder-Regierung**

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte eine Reihe von programmatischen Anpassungen an sich ändernde wirtschaftliche und gesellschaftliche Realitäten durchgemacht: Aus der systemverändernden, sozialrevolutionären SPD des vorletzten Jahrhunderts wurde insbesondere durch den Druck der Regierungspraxis zunächst eine systemkritische, dann zunehmend

---

<sup>2</sup> Wenn ich im folgenden ausschließlich auf die sozialdemokratische Wirtschaftskonzeption abhebe, dann deshalb, weil der grüne Koalitionspartner keine eigenständige wirtschaftspolitische Profilierung in die Regierungsarbeit einbrachte und sich weitgehend der ‚SPD-Wirtschaftskompetenz‘ unterordnete; vgl. Priewe/Sauer (1999).

<sup>3</sup> Das Umfragetief der Schröder-Regierung nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines im Jahre 1999 und der Veröffentlichung des ‚Blair-Schröder-Papiers‘, dass „diese ‚traditionelle Sozialdemokratie‘ zu einer Karikatur herabwürdigte“ (Ehrke 2000, S. 5), zeigt die Notwendigkeit einer solchen Strategie; vgl. auch Heimann 2000.

systemerhaltende ‚Volkspartei‘ nach dem Godesberger Parteitag 1959 (vgl. Heise 1989, Merkel 2001). Insbesondere unter der Regierung Helmut Schmidts und verstärkt nach dem Verlust der Regierungsmacht seit 1982 entwickelte sich neben der offiziellen *Parteiprogrammatik* eine vor allem von Funktionsträgern beförderte *Parteipragmatik*, die sich stückweise vom ‚keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ als Leitbild sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption entfernte. Mit der Betonung schumpeterianischer Innovationsförderung werden meso- und mikroökonomische Betrachtungen zur Grundlage der Modernisierungsstrategie der Pragmatiker (vgl. z.B. Hauff/Scharpf 1975). Nicht mehr die immanente Krisenanfälligkeit einer interventionsfreien Marktwirtschaft wird zum Ankerpunkt sozialdemokratischer Pragmatik, sondern die drohende Erlahmung strukturverändernder und beschäftigungs- und wohlstandsschaffender unternehmerischer Dynamik (vgl. Heise 2000).<sup>5</sup> Hintergrund dieser sich einschleichenden Dualität ist einerseits die zunehmende Hegemonie der neoklassischen Wirtschaftstheorie nach dem ‚Ende des Keynesianismus‘, andererseits die fast unvermeidliche Differenzierung innerhalb einer ‚ideologiebewußten‘ Partei wie der SPD zwischen der Sachorientierung der Partei(mitglieder) und der Machtorientierung der Funktionäre und Amtsträger und schließlich die langanhaltende Dualität zwischen bundespolitischem Oppositionsstatus und landes- bzw. regionalpolitischem Regierungsstatus der Sozialdemokratie.

Dieser kleine Exkurs in die Geschichte der wirtschaftspolitischen Programmentwicklung sollte lediglich dazu dienen, den Stand der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeptionierung am Vorabend der Regierungsübernahme 1998 aufzuzeigen. Einerseits vertrat Oskar Lafontaine keineswegs einen kruden ‚Nachfrage-Keynesianismus‘<sup>6</sup>, lenkte aber das Handlungsinteresse auf makroökonomische Interventionsmöglichkeiten, andererseits sprach der regierungserprobte Landespolitiker Gerhard Schröder davon, dass es keine genuin sozialdemokratische Wirtschaftspolitik mehr gebe, sondern allenfalls eine mehr oder eine weniger moderne Wirtschaftspolitik. Damit evoziert er geschickt Modernisierungshoffnungen, bestreitet die Ideologiebehauptung seiner Politik und nimmt jene Geisteshaltung vorweg, die seine gesamte Politik,

---

<sup>4</sup> Zur Darstellung der Reform- und Modernisierungserwartungen der ‚Neuen Mitte‘ vgl. Priddat 2000.

<sup>5</sup> So formulierte etwa der frühere wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Jens (1983, S. 158f.) den neoliberalen Vordenker Herbert Giersch anführend: „Wenn die deutsche Wirtschaft wieder wachsen soll, müssen neue technische Spezialprodukte, sogenannte ‚Schumpeter-Güter‘, und neue technische Problemlösungen entwickelt werden.“

<sup>6</sup> „Notwendig ist ein neues Denken in der Wirtschaftspolitik. Gefragt ist weder eine einseitige Angebotspolitik, noch eine einseitige Nachfragepolitik. Was wir jetzt brauchen, das ist eine ausgewogene Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik. Als eine Wirtschaftspolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen schafft für neue Investitionen und für marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb, und die zugleich auch auf eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zielt.“ (Lafontaine 1998)

aber auch die Vorstellungen seiner sozialwissenschaftlichen Berater<sup>7</sup> prägt: Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung unterliegt starken Handlungszwängen – ‚Modernität‘ impliziert dann die Anerkennung dieser Handlungszwänge und die Auswahl der geeigneten wirtschafts- und sozialpolitischen Mittel.<sup>8</sup> Damit wird eine Zieldiskussion weitgehend zugunsten einer Instrumentendiskussion aufgegeben. Es erscheint mir wichtig, diese Erkenntnis deutlich zu betonen: Die duale Wirtschaftskonzeption der SPD bis zur Regierungsübernahme im Herbst 1998 zeigt nicht lediglich zweierlei Schwerpunktsetzungen, die es gilt, kompatibel zu machen, sondern entspringt einer Ideologiedifferenz der Weltbilder von ‚Traditionalisten‘ und ‚Modernisierern‘.<sup>9</sup> Dies wird exemplarisch deutlich an der Re-Interpretation sozialdemokratischer Ziele wie ‚Vollbeschäftigung‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘: Vollbeschäftigung, gewöhnlich verstanden als die Möglichkeit für jeden arbeitswilligen Menschen, einen Arbeitsplatz (zu Tariflöhnen) zu finden, wird in reine ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ (employability) – die Bereitstellung der qualifikatorischen Voraussetzungen für eine Verwertung auf dem Arbeitsmarkt – umgedeutet, ‚soziale Gerechtigkeit‘, die ein redistributives Ziel enthielt, wird zur Zuliefererfunktion für den Arbeitsmarkt (‚sozial ist, was Arbeit schafft‘), auch wenn damit eine soziale Differenzierung verbunden ist. Ganz offen wird die Verschiebung von der ‚ergebnisorientierten‘ zur ‚zugangorientierten‘ Politik<sup>10</sup> bekannt gegeben: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. ... Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“ (Schröder/Blair 1999, S.5ff.).

Nun ist ein Richtungsstreit in einer Partei grundsätzlich nichts Ungewöhnliches und, wie ein Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus zeigt, auch nichts Einmaliges im gegenwärtigen Politikprozess: Sowohl in Großbritannien, in Frankreich, in den Niederlanden und Skandinavien wurden und werden neue Wege der Sozialdemokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts diskutiert (vgl. u.a. Hein/Truger 2000; Merkel 2001). Vor allem von Großbritannien – ausgelaugt durch anderthalb Dekaden der Entsolidarisierung unter Margret Thatcher und John Major und einer politikunfähigen Labour Party, die in alten Klassenantagonismen stecken geblieben war –

---

<sup>7</sup> Vgl. Streeck/Heinze (1999), die ganz offen gegen traditionelle Denkschablonen polemisieren.

<sup>8</sup> „Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laissez-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des ‚deficit spending‘ und massiver staatlicher Interventionen im Stile der siebziger Jahre treten. Eine solche Politik führt heute in die falsche Richtung. Unsere Volkswirtschaften und die globalen Wirtschaftsbeziehungen haben einen radikalen Wandel erfahren. Neue Bedingungen und neue Realitäten erfordern eine Neubewertung alter Vorstellungen und die Entwicklung neuer Konzepte.“ (Schröder/Blair 1999, S. 8)

<sup>9</sup> Wolfgang Merkel (2001) arbeitet die Unterschiede zwischen ‚Traditionalisten‘ und ‚Modernisierern‘ einerseits und andererseits zwischen den ‚Modernisierern‘ und einer neoliberalen Grundhaltung anschaulich heraus.

<sup>10</sup> Zur Kritik an einer (Fehl-)Interpretation von ‚sozialer Gerechtigkeit‘ als allzu krude Gleichheitsvorstellung s. Möhring-Hesse (2000, S. 27ff.).

ausgehend begann eine Suche nach einem ‚Dritten Weg‘, der die Regierungsfähigkeit einer sozialdemokratischen Alternative unter veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen ermöglichen sollte. Im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie hatte die britische Labour Party aber keine mit dem Godesberger Programm vergleichbare Öffnung zur Volkspartei durchgemacht, vor allem aber wurde der programmatische Erneuerungsprozess vor Übernahme der Regierungsverantwortung durch Tony Blair (weitgehend) abgeschlossen – er war eine wesentliche Voraussetzung für die Wählbarkeit von New Labour. Die SPD hingegen machte den ‚ideologischen Häutungsprozess‘ bei ‚laufender Fahrt‘ (vgl. Sitte 2000, S.356) durch, das Ergebnis ist bekannt und war nur konsequent: Mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines als Bundesfinanzminister und SPD-Parteivorsitzender hatten sich die Pragmatiker gegen die Programmatiker durchgesetzt. Damit ist zwar der parteiinterne Diskussionsprozess nicht augenblicklich verstummt – im Gegenteil kochte er nach der Veröffentlichung des Schröder-Blair-Papiers zur Zukunft der Sozialdemokratie Anfang 2000 noch einmal richtig hoch -, doch die praktische Politik der Schröder-Regierung wird von den Vorstellungen der ‚Modernisierer‘ bestimmt<sup>11</sup> und ein offener Diskurs ist in einer medial vollständig auf die Person Gerhard Schröders zugeschnittenen ‚Kanzler-Partei‘ gegenwärtig kaum zu erwarten.<sup>12</sup>

## **2. Linke Angebotspolitik – ein neues Politikverfahren statt neuer Politikinhalte**

Rudolf Hickel (2000, S.239) glaubt noch in der Regierungsvereinbarung von Rot-Grün die Handschrift Oskar Lafontaines und der ‚Wohlfahrtsstaats-Keynesianer‘ zu erkennen: „Das Koalitionspapier der rot-grünen Bundesregierung vom Oktober 1998 war noch von den Versprechungen der beiden Regierungsparteien während der Bundestagswahl geprägt, mit einer aktiven Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dem davor geltenden neoliberalen Leitbild entgegenzusetzen: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Gerechtigkeitslücke gerade auch durch die Wiederherstellung und den Ausbau der Systeme sozialer Sicherung sowie Verbesserung der Umweltbedingungen. Aus dieser Zieltriade resultierte eine Neubestimmung der

---

<sup>11</sup> Mit dem Unterton arroganter Selbstgerechtigkeit schreiben Streeck/Heinze (1999, S. 154): „Der von Teilen der Bundesregierung und der SPD nach dem Regierungswechsel vertretene Vulgär-‚Keynesianismus‘ war geeignet – und möglicherweise dazu konzipiert -, den Verteidigern der deutschen Hochpreisversion des Normalarbeitsverhältnisses zu suggerieren, dass eine neue Geld- oder gar aggressive Lohnpolitik ihnen die Anstrengungen und Risiken eines institutionellen Umbaus ersparen könnten. Mit dem Rücktritt des Finanzministers und Parteivorsitzenden ist dieser Hoffnung endgültig, glücklicherweise schon vor Eintritt bleibender Schäden, der Boden entzogen worden. Das politische Scheitern der ‚Nachfragetheorie‘ lenkt die Aufmerksamkeit zurück auf die institutionellen Reformen, ohne die unser Beschäftigungssystem nicht wieder inklusiv werden kann.“

<sup>12</sup> Wie schwer ein offener Diskurs um die parteiinterne Meinungsführerschaft ist, wenn die Parteipragmatiker in Regierungsämtern ihre Position bereits eindeutig bestimmt haben, zeigte sich in der Diskussion um die atomare Rüstung Anfang der 1980er Jahre in der SPD zu Zeiten Helmut Schmidts als Bundeskanzler und die Diskussion um die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen der NATO bei Bündnis 90/ Die Grünen.

Finanzpolitik. Anstatt Einsparungen vor allem im sozialen Bereich vorzunehmen, sollten die öffentlichen Haushalte durch eine Politik der Stärkung des Wachstums – ... – dazu beitragen, die staatlichen Finanzen aktiv zu sanieren.“ Man muss nicht mit Hickels Einschätzung übereinstimmen, dass der Neoliberalismus das Leitbild der Kohl-Administration war, um gleichwohl anzuerkennen, dass mit dem Regierungswechsel die Hoffnung auf eine aktivere Makropolitik verbunden wurde. Einerseits versprachen Lafontaine und seine politischen Berater einen internationalen Vorstoß zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, andererseits wurde von ihnen immer wieder die Notwendigkeit einer makroökonomisch ausgerichteten Stabilisierungspolitik betont, die allerdings – anders als Hickel es beschreibt – den Fokus auf die (unabhängige) Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) legte. Wer erinnert sich nicht mehr an die dauernden Mahnungen Lafontaines an die Adresse der EZB, eine Konjunkturbelebung durch eine expansivere Geldpolitik zu unterstützen und die Vorstellungen zu einer Regulierung der internationalen Devisen- und Finanzmärkte, die dem Finanzminister das Verdikt ‚The most dangerous man in Europe‘ der britischen Yellow Press einbrachte. Aus der ‚Lafontaine-Ära‘ geblieben sind das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 und der sogenannte ‚Kölner Prozess‘ der EU-Beschäftigungspolitik – wir werden beides noch näher zu betrachten haben. Mit dem Rücktritt Lafontaines aber ist der schwelende Richtungsstreit in der Bundesregierung zugunsten des Schröder’schen Konzeptes eines ‚aktivierenden Staates‘ dominant geworden.

„Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern“ (Schröder/Blair 1999, S.7) – dies ist das Credo der ‚Good Governance‘-Vorstellungen der Modernisierer. Dahinter verbirgt sich ein offenes ausgesprochenes Misstrauen gegen den in die Passivität drängenden Sozialstaat, gegen die Interventionsfähigkeit des Staates, die in der konservativen Wissenschaft als ‚Staatsversagen‘ benannt wird. Grundlegend ist nicht mehr die Akzeptanz von Marktfehlern größeren Ausmaßes (dauerhafte Arbeitslosigkeit, ungerechtfertigte Einkommens- und Vermögensverteilungen), sondern die Betonung der dynamischen Effizienz marktlicher Koordinierung und der Eigenverantwortlichkeit der Bürger und einer Anreize setzenden Sozialpolitik der ‚Inklusion‘, die ‚Teilnahmegerechtigkeit‘ statt ‚Umverteilungsgerechtigkeit‘ thematisiert. Ob die sich daraus ergebende Politikkonzeption<sup>13</sup> – finanzpolitische Konsolidierung und geldpolitische Preisstabilisierung, wohlfahrtsstaatliche Bescheidenheit und Anreizförderung, soziale Differenzierung als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung – als ‚neoliberal‘ etikettiert

---

<sup>13</sup> Die Schröder’sche ‚Politik der Neuen Mitte‘ bezieht ihre theoretische Fundierung aus der ‚Dritte-Weg-Philosophie‘ Anthony Giddens, der deshalb an dieser Stelle einmal zitiert werden darf: „Ziel ihrer (der Theorie des dritten Weges; A.H.) Wirtschaftspolitik ist eine niedrige Inflationsrate, eine möglichst geringe Neuverschuldung des Staates sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Hilfe angebotsorientierter Maßnahmen“ (Giddens 2001, S. 83)



werden darf, muss hier nicht erörtert werden<sup>14</sup>, die Selbstbeschreibung als ‚linke Angebotspolitik‘ zeigt aber die Verwandtschaft zu Leitbildern, die zweifellos bislang eher im konservativen politischen Lager vermutet wurden. Jedenfalls aber dokumentiert der ‚Modernisierer-Pragmatismus‘ eine Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten wie die zunehmende Individualisierung und – gewiss medial enorm geschürte – Legitimationsdefizite solidarischer Sozialsicherung, aber auch die zunehmende ‚Vermittlung‘ der SPD und den Verlust ihrer Gestaltungskraft (oder was Kesselman (1996, S. 146) ‚sozialdemokratische Hegemonie‘ genannt hat).

Um ein solches Politikprojekt dennoch identifizierbar und wiedererkennbar zu machen – insbesondere, wenn es unübersehbar Parallelen zum Modell des ‚schumpeterianischen Wettbewerbsstaat‘ konservativer Prägung aufweist - muss gleichwohl noch etwas dazukommen – Gerhard Schröder hat dies schnell erkannt und mit der ‚Zivilgesellschaft‘ auch bereits ein Etikett gefunden (vgl. Schröder 2000). Freilich sind die Inhalte einer solchen Gesellschaftsvision, die klare Anleihen beim Kommunitarismus nimmt und auf stärkere Betonung der Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation der Bürger setzt, noch recht vage<sup>15</sup> und haben auch noch wenig Eingang in die reale Regierungspolitik gefunden. Dennoch lassen sich vor diesem Hintergrund die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen der rot-grünen Regierung besser (be-)greifen und der zentrale Politikprozess in embryonalem Zustand ausmachen: Mit der Konzeption des Anreize setzenden, aktivierenden Staates wird der paternalistische, allumfassende, fürsorgliche Wohlfahrtsstaat zugunsten einer die wirtschaftliche Dynamik, den individuellen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit in immer schneller sich restrukturierenden Märkten stärker honorierenden Wettbewerbsstaat aufgegeben.<sup>16</sup> Im Gegensatz zur neoliberalen Variante dieses Modells allerdings soll der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat – der Reform- oder Modernisierungsprozess, der allgemein als unausweichlich angesehen und deshalb kaum noch hinterfragt wird – nicht durch einseitige Rechtsakte der Regierung im Zweifel im Konflikt mit diversen Interessengruppierungen (wie z.B. in Großbritannien unter Margret Thatcher) erfolgen,

---

<sup>14</sup> Wolfgang Merkel (2001, S.20) hält eine solche Etikettierung für ‚analytisch unsinnig‘, obwohl er gerade erst die unübersehbaren Parallelen zu einem neoliberalen Politikprojekt dargelegt hatte. In jedem Fall sollte der ‚Neoliberalismus-Vorwurf‘ nicht allzu schnell und undifferenziert zur argumentativen Keule werden, die den Diskurs unterbindet statt ihn zu befördern.

<sup>15</sup> So schreibt etwa Hans-Jürgen Arlt (2000, S. 6f.): „Hat die Neue Mitte eine Chance zwischen neoliberal und altlinks? Ohne ein eigenständiges programmatisches und praktisches Profil jedenfalls nicht. Solange sie ein substanzloser, floskelhafter Anspruch bleibt, wird sie von ihren Gegnern definiert werden:...“

<sup>16</sup> Die Definition des ‚Wettbewerbsstaates‘ ist nicht unumstritten. In einer kritischen Interpretation beschreibt er den qualitativen Umbau der sozialen Sicherungssysteme mit Blick auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft (vgl. Butterwege 2001: 101ff.), in einer unkritischen Interpretation wird stärker der Wettbewerb um effiziente Problemlösungen betont (vgl. Heinze/Schmid/Strünck 1999: 42f.). Die Kritiker überzeichnen die quantitativen Ausmaße des Umbaus zumeist maßlos, die Proponenten unterschätzen die Gefahren des Umbaus.

sondern durch einen demokratischen Dialog. Der Ausgangspunkt dabei ist die ‚demokratische Hypothese‘, dass staatliches Handeln Ergebnis demokratischer Willensbildung und der Moderation von Interessen ist. Als konkrete Institution eines derartigen ‚korporatistischen Wettbewerbsstaates‘, in deren Rahmen die Reformziele diskutiert und deren Umsetzung unter Akzeptanz der veränderten ökonomischen (Globalisierung) und gesellschaftlichen (Arbeitgeberinteressen als dominierende Leitbilder) Rahmenbedingungen beraten werden können, ist das ‚Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit‘ der zentrale Fokus der Schröderschen Reformpolitik (vgl. Schröder 1999). Es ist der Kristallisationsort, an dem der Kanzler moderierend mit den Trägern gesellschaftlicher Interessen über wichtige Politikprojekte – die Steuerreform, die Gesundheits- oder Rentenreform – berät und gesellschaftliche Probleme – insbesondere die prekäre Arbeitsmarktlage – angeht. Das ‚Bündnis für Arbeit‘ soll zum Ort gesellschaftlicher Modernisierungsimpulse werden, der Kanzler zum ‚Change Agent‘<sup>17</sup> der ‚Deutschland AG‘. Hierin wird dann auch schon mal die Renaissance des korporatistischen ‚Modells Deutschland‘ (Esser/Schroeder 1999) erblickt.

‚Linke Angebotspolitik‘, ‚korporatistischer Wettbewerbsstaat‘, ‚Dritter Weg‘ sind interdependente Begriffe des rot-grünen Politikmodells: Die als unvermeidlich akzeptierte Reform des keynesianischen Wohlfahrtsstaates soll mithilfe linker Angebotspolitik zu einem korporatistischen Wettbewerbsstaat umgestaltet werden. Dieser als zivilgesellschaftliches Projekt etikettierte ‚Modernisierungsprozess‘ beschreibt einen ‚Dritten Weg‘ zwischen dem altlinken Wohlfahrtsstaatsmodell und einem neoliberalen Wettbewerbsstaat. Selbstverständlich ist ein solcher Prozess evolutorisch, nicht revolutionär – das heißt, in der nun folgenden Betrachtung der konkreten Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik dürfen wir nur Schritte in diese Richtung, nicht aber bereits eine massive Neugestaltung erwarten.

### **3. Bewertungsversuche**

Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, die faktisch betriebene Politik der rot-grünen Koalition auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik einer Bewertung zu unterziehen. Dazu muss zunächst die Politik in zwei Phasen unterteilt werden: 1) die Anfangsphase der Regierungsarbeit bis zum Ausscheiden Oskar Lafontaines als Finanzminister. Diese Phase ist insbesondere durch das Steuerentlastungsgesetz, erste Schritte in Richtung einer Öko-Steuer, die Reform des Kündigungsschutzes und der geringfügigen Beschäftigung und das Programm zur

---

<sup>17</sup> So wird im Soziologengargon jener Akteur benannt, der den organisatorischen Veränderungsprozess vorantreibt.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen des ‚Bündnis für Arbeit‘, sowie die Initiierung des ‚Kölner Prozesses‘ makroökonomischer Verhaltensabstimmung auf europäischer Ebene als Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft gekennzeichnet. 2) Die weitere Phase nach Lafontaines Ausscheiden, in die das Haushaltskonsolidierungsgesetz, die Unternehmenssteuerreform, die weiterreichenden Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes und die Fokussierung auf die Niedriglohn-Strategie im ‚Bündnis für Arbeit‘ fallen. Die Zäsur zwischen beiden Phasen ist aber natürlich nicht bloß personeller Art, sondern spiegelt die oben beschriebene Übernahme der Politikmacht durch die ‚Modernisierer‘ wider.

Neben dieser zeitlich-konzeptionellen Differenzierung müssen Kriterien der Bewertung entwickelt werden. Dafür bieten sich drei Maßstäbe an: (1) Es muss geprüft werden, ob die verabreichten Maßnahmen Strategiekonform sind, also der ‚linken Angebotspolitik‘ entsprechen. (2) Es muss untersucht werden, ob die im Wahlkampf versprochenen Ziele erreicht und somit die Versprechen eingelöst wurden. Schließlich muss (3) danach gefragt werden, ob die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der rot-grünen Koalition dem letztendlichen Ziel einer jeden Regierung diene, die Differenz zwischen Regierung und Opposition aufrechtzuerhalten und also eine Wiederwahl Schröders zu ermöglichen. Natürlich ist die Beantwortung dieser Frage nicht unabhängig von den vorangegangenen Überlegungen und doch führen partielle Kommunikationsprobleme zwischen dem ökonomischen und politischen Teil einer Gesellschaft immer wieder dazu, dass der Realitätsabgleich in einer ohnedies komplexen Welt allein nicht ausreicht, um eindeutige Bewertungen hinsichtlich der Wiederwahlchancen einer Regierung zu ermöglichen.

### **3.1 Strategiekonformität**

Sowohl die Politikprozesse als auch –inhalte zumindest der zweiten Phase der Regierungsarbeit von Rot-Grün passen ausgezeichnet zur ‚linken Angebotspolitik‘ der ‚Neuen-Mitte-Konzeption‘: Das ‚Bündnis für Arbeit‘ ist die innovative Bühne für weitgehend konventionelle – der angeblichen Reformnotwendigkeit des ‚Modells Deutschland‘ im Globalisierungsprozess geschuldete – Politikangebote. Hier sollen konsensuale Lösungen für die großen Strukturreformen – des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherung, des Bildungssystems – in Zusammenarbeit mit den großen gesellschaftlichen Interessengruppierungen gefunden werden, die die Konfliktkosten gesellschaftlicher Änderungen möglichst gering halten und deren Bindungskraft und Legitimation stärken sollen.

Die Inhalte sind insofern konventioneller Art und unterscheiden sich nur marginal von den Konzeptionen der Vorgängerregierung, als sie die Topoi und Syllogismen des von den Medien bestimmten Mainstreams aufnehmen: Lohnmoderation und Abbau der Lohn(neben)kosten, Arbeitsmarktflexibilisierung und Verstärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme als Grundformeln der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit<sup>18</sup>, Reduktion von Steuer- und Abgabenlast zur Belebung der Eigeninitiative, wirtschaftlichen Dynamik und Positionierung im internationalen Standortwettbewerb<sup>19</sup>, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als Ausweis ‚soliden Finanzgebahrens‘ und der Generationengerechtigkeit<sup>20</sup> und der vollständige Verzicht auf aktive makroökonomische Steuerung als Tribut an die internationalen Finanzmärkte. Zum Kanon der z.B. in Großbritannien unter Tony Blair praktizierten ‚Neue-Mitte-, bzw. ‚Dritte-Weg-Politik‘ (vgl. z.B. Glyn/Wood 2000) fehlt eigentlich nur die Betonung der Bildungspolitik als wirtschaftspolitisches Werkzeug<sup>21</sup> – doch dies mag mit dem besonderen dualen (Aus-)Bildungssystem und dem bereits heute erreichten hohen Niveau an betrieblicher Weiterbildung zusammenhängen. Da die Zugangsgerechtigkeit im Konzept der ‚Neuen-Mitte-Politik‘ die ausgleichende Gerechtigkeit der traditionellen Sozialdemokratie ersetzen soll, ist gleichwohl hier eine Leerstelle zu konstatieren.

Wie konventionell diese Politikinhalt mittlerweile geworden sind, zeigt sich übrigens auch darin, dass sie wesentlicher Gegenstand des europäischen Beschäftigungspaktes nach dem sogenannten ‚Luxemburger‘ (Arbeitsmarktpolitik) und ‚Cardiff Prozess‘ (Strukturreformen) geworden sind.

Noch in die erste Regierungsphase fallen einige Konzeptionen, die nicht mit der ‚linken Angebotspolitik‘ korrespondieren, weil sie explizit makroökonomische Gestaltungsspielräume reklamieren und aktive, nicht nur aktivierende Interventionen befürworten. Dazu gehört einerseits der dritte Pfeiler der europäischen Beschäftigungspolitik: die makroökonomische Verhaltensabstimmung von Geld-, Finanz- und Tarifpolitik (Makro-Dialog) im Rahmen des ‚Kölner Prozesses‘. Diese ‚eurokeynesianische Strategie‘ (vgl. Aust 2000) ist nach Oskar Lafontaines Rücktritt konsequenterweise von deutscher Regierungsseite nicht weiter betrieben

---

<sup>18</sup> Hier muss insbesondere auf die mittlerweile flächendeckende Einführung eines Niedriglohnsektor nach dem ‚Mainzer Modell‘, die Reduktion der Lohnnebenkosten durch die Verwendung der Öko-Steuer zur Reduktion Rentenversicherungsbeiträge und die Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik nach dem ‚Fördern-und-Fordern-Prinzip‘ genannt werden

<sup>19</sup> Hier sind das Steuerentlastungsgesetz, die Unternehmenssteuerreform und ebenfalls der Einstieg in die Finanzierung der sozialen Sicherung durch indirekte Besteuerung (Öko-Steuer) statt Faktorkosten belastende Abgaben zu nennen.

<sup>20</sup> Dies ist im Haushaltskonsolidierungsgesetz verankert, folgt letztlich aber nur der Vorgaben durch den EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt.

worden und hat damit sein Momentum verloren (vgl. Heise 2001). Nicht anders erging es der stabilitätspolitischen Orientierung des Steuerentlastungsgesetzes. Diese fiskalpolitische Maßnahme – eine Steuerentlastung der privaten Haushalte und Unternehmen in einer Größenordnung von etwa 60 Mrd. € bis 2002 und mittelfristig 50 Mrd. € jährlich - wurde ja noch von Oskar Lafontaine auf den Weg gebracht. Motivation dafür war allerdings weniger der allokativen Gedanke der Anreizförderung, als vielmehr die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung durch die Stärkung der Binnennachfrage. Letzterer Effekt ist durch das Haushaltskonsolidierungsgesetz („Sparpaket“) allerdings ebenfalls unter Lafontaine bereits weitgehend konterkariert worden (vgl. Bartsch et al. 1999), in der zweiten Phase unter Finanzminister Eichel dann vollständig ignoriert und durch die ‚Politik der ruhigen Hand‘ ersetzt worden.

### **3.2 Wahlversprechen**

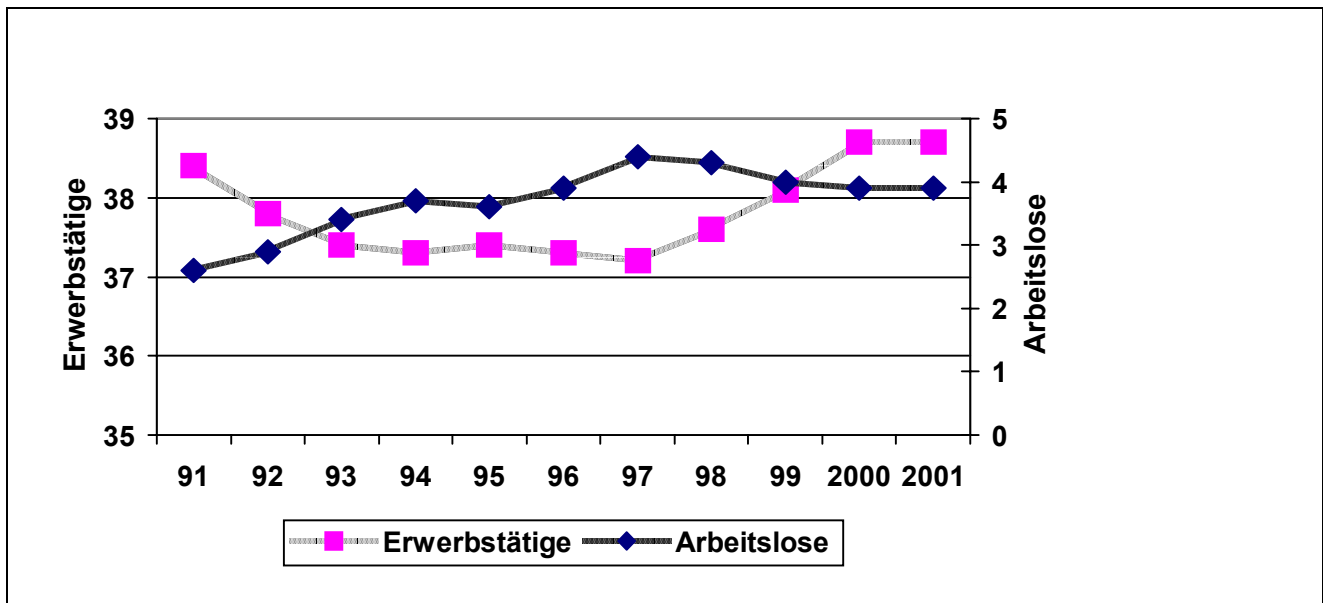
Gerhard Schröder wurde Kanzlerkandidat der SPD, indem er seinen Anspruch auf die Kandidatur an die Überwindung einer hohen Hürde - die Wiederwahl als Ministerpräsident Niedersachsens mit absoluter Mehrheit – band. Als dies im Frühjahr 1998 gelungen war, konnte Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender mit eigenen Ambitionen nicht mehr umhin, ihm die Kanzlerkandidatur anzudienen. Beflügelt von diesen Erfahrungen und gestützt auf die erfolgreiche Wahlkampfstrategie von Tony Blairs New Labour wurden im Wahlkampf 1998 kleine Kärtchen mit 9 Versprechen ans Wahlvolk ausgegeben, an denen sich die Regierungsarbeit von Rot-Grün heute messen lassen muss. Von Interesse für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind dabei die Inaussichtstellung von ‚Mehr Arbeitsplätzen‘, ‚Mehr Steuergerechtigkeit‘ und ‚Mehr soziale Gerechtigkeit‘. In der Regierungsvereinbarung und an anderer Stelle wurden die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierungsarbeit konkretisiert: Die Arbeitslosigkeit als sozial drängendstes Problem sollte deutlich gesenkt werden, höchstens 3,5 Millionen Menschen sollten am Ende der Legislaturperiode noch ohne Arbeit sein, ein Rückbau der Abgabenquote unter 40 % des BIP, ein den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver machendes, gleichwohl größere Gerechtigkeit vermittelndes Steuersystem sollte zügig umgesetzt werden.

Das die Messlatte der Versprechen keine eindeutigen Bewertungsmaßstäbe liefert, wird deutlich, wenn der Arbeitsmarkt betrachtet wird (vgl. Abbildung 1).

---

<sup>21</sup> Allerdings ist im Rahmen des ‚Bündnis für Arbeit‘ die Schaffung neuer Berufe und Ausbildungsgänge und eine Initiative zur Behebung des Fachkräftemangels im Informations- und Telekommunikationsbereiches beschlossen worden.

Abbildung 1: Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Millionen



In der Regierungszeit der rot-grünen Koalition ist die Beschäftigung – selbst wenn sich der negative Trend bis zum Herbst 2002 weiter fortsetzt – um etwa 1 Millionen gestiegen. Dies ist das Ergebnis eines (im EU-Vergleich allerdings unterdurchschnittlichen) Wirtschaftswachstums vor allem des Jahres 2000 und einer verbesserten Erfassung geringfügiger Beschäftigung. Da ein Teil der zusätzlichen Beschäftigung aus der ‚stillen Reserve‘ und durch das Wachstum des Erwerbspersonenpotentials befriedigt wurde, sank die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum weniger stark. Ob es überhaupt gelingen sollte, im Wahlherbst Statistiken zu präsentieren, die weniger Arbeitslose ausweisen als vor Antritt der Schröder-Regierung, ist offen, das Ziel eines deutlichen Abbaus der Massenarbeitslosigkeit wird der Bundeskanzler ohne jeden Zweifel verfehlen. Mancher wird mit einigem Gram darauf blicken, dass die flächendeckende Einrichtung eines Niedriglohnsektors erst sehr spät realisiert wurde und so lässt sich schnell der Mythos schaffen, ein mutigeres (weil früheres) Vorgehen in dieser Richtung hätte eine bessere Beschäftigungsbilanz ermöglicht. Doch wer so argumentiert, nimmt weder die äußerst bescheidenen Ergebnisse des ‚Mainzer Modells‘ und die Simulationsrechnungen verschiedener Herkunft zur Kenntnis<sup>22</sup>, die alle lediglich auf marginale Beschäftigungserfolge im wesentlichen bei Geringqualifizierten hindeuten. Noch wird in jenen Ländern mit besserer Beschäftigungsperformanz – den Niederlanden, den USA oder Großbritannien etwa – genauer hingeschaut: Dort ist der Abbau der Beschäftigung letztlich vor allem auf ein Zusammenspiel makroökonomischer Faktoren – der wesentlich expansiveren Finanz- und besser darauf

<sup>22</sup> Vgl. z.B. Buslei/Steiner 2000, Kaltenborn 1999

abgestimmten Geldpolitik in den USA und Großbritannien, einer ‚beggar-thy-neighbour-Strategie‘ in den Niederlanden – zurückzuführen, nicht aber auf diverse angebotspolitische Maßnahmen.<sup>23</sup>

Hätten derartige Optionen der Bundesregierung überhaupt offengestanden? Über die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kann die Bundesregierung natürlich genauso wenig verfügen wie die Vorgängerregierung über die Geldpolitik der Bundesbank – und die ständigen Ermahnungen Oskar Lafontaines in Richtung EZB haben diese allenfalls störrischer gemacht. Und auch die Finanzpolitik ist durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) stark eingeschränkt: Eine 3 prozentige Netto-Neuverschuldung ist das absolute Limit, dem sich die nationalen Regierungen unterzuordnen haben. Dennoch muss die ‚linke Angebotspolitik‘ zumindest als Teil des Problems gesehen werden, denn ihre Finanzpolitik setzt darauf, die Ausgabenseite des öffentlichen Haushaltes zur Restgröße zu machen: Die Einnahmeseite unterliegt dem Verdikt der Senkung der Steuersätze und der Steuerquote (Anteil des Steueraufkommens am BIP). Das Haushaltsdefizit ist durch den SWP institutionell, durch die symbolische Kopplung eines ausgeglichenen Haushaltes an die Reputation des Finanzministers Eichel politisch begrenzt. Nun bleibt die Ausgabenseite als Residualgröße; eine passive Anpassung an sinkende Einnahmen ist die Folge. Unter Berücksichtigung der vor allem den Bundeshaushalt immer noch stark belastenden Einigungskosten von etwa 80 Mrd. € pro (= 4 % des BIP) wird daraus eine extrem restriktive Finanzpolitik, die die Wachstumsbedingungen massiv belastet (vgl. Heise 2002). Nur eine ‚Aktivierung‘ der Finanzpolitik könnte die Wachstumsspielräume erweitern und damit die Grundlage für eine bessere Beschäftigungsperformanz legen: Die Einnahmeseite müsste zur Residualgröße werden. Die Neuverschuldung ist – solange der SWP in seiner gegenwärtigen, ökonomisch unsinnigen Form Gültigkeit besitzt – in den vorgegebenen Grenzen zu halten, die Ausgabenseite ist insbesondere durch eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen wieder stärker in seine Stabilisierungsfunktion einzusetzen. Und die Einnahmen müssen sich dann entsprechend der öffentlichen Aufgaben, nicht einer allgemeinen Senkungshysterie anpassen. Aufgrund des hohen Selbstfinanzierungsgrades öffentlicher Investitionen ist dies keineswegs notwendig mit Steuererhöhungen verbunden, mag aber eine Steuerreform, die zu Mindereinnahmen führt, verbieten. Angesichts der immensen Kosten der deutschen Einheit und augenscheinlicher Ersatzbedarfe in öffentlicher Infrastruktur nach 16 Jahren Kohl-Regierung ist eine Senkung der Steuerquote zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber auch erklärungsbedürftig. Tatsächlich ist die öffentliche Investitionsquote auf allen föderalen Ebenen (Bund, Länder und

---

<sup>23</sup> Für die USA: vgl. Schulmeister 2001, für Großbritannien: vgl. Heise 2000a, für die Niederlande: vgl. Schettkat 2001.

Kommunen) auf einen historischen Tiefststand in der Geschichte der Bundesrepublik gefallen und auch im europäischen Vergleich hält Deutschland hier mittlerweile die rote Laterne!

Das Steuerentlastungs- und das Steuersenkungsgesetz – nicht zu unrecht als größte Steuerreform der letzten Dekaden bezeichnet (vgl. Seidel 2001) – können also nicht in ihrer Stabilisierungsfunktion überzeugen, sondern müssen deshalb auf die Distributionsfunktion hin untersucht werden: Ist es gelungen, mehr Steuergerechtigkeit zu erzeugen? Dazu muss man zunächst erklären, worin die Ungerechtigkeiten der Steuergesetzgebung bis zum Antritt der Schröder-Regierung bestanden: (1) Einerseits hatte sich eine buckelförmige effektive Belastung der Einkommensbezieher herausgebildet, d.h. trotz progressivem Steuersatz ist die anteilige Besteuerung mittlerer und gehobener Einkommen deutlich höher als niedriger und Spitzeneinkommen. Dies hängt mit der Steuerbefreiung geringer Einkommen und dem frühen Ende der Steuerprogression und vielfältiger Ausnahmetatbestände (Steuererminderungsmöglichkeiten) für hohe Einkommen zusammen. (2) Andererseits hat sich die steuerliche Belastung von Arbeitseinkommensbezieher und Gewinneinkommensbezieher aufgrund der Abschaffung der Vermögenssteuer 1997 und einer geringen Bemessungsgrundlage für Gewinneinkommen (z.B. aufgrund hoher Abschreibungsmöglichkeiten und hoher Verlustvortragmöglichkeiten) stark zulasten der Arbeitseinkommensbezieher verschoben – die anekdotischen Meldungen über große, hocheffiziente und gewinnerwirtschaftende Unternehmen, die auf Jahre hinaus keine Steuern würden zahlen müssen, sind Legende. Auch hier fällt die Bewertung nicht ganz einfach: Zwar ist der absolute Entlastungsbetrag der Einkommenssteuerreform durch Senkung der Eingang- und Spitzensteuersätze und eine deutliche Aufstockung des Kindergeldes deutlich höher als der Unternehmenssteuerreform, dennoch ist mit der Freistellung von Veräußerungsgewinnen aus Unternehmensbeteiligungen<sup>24</sup>, der Rückerstattung von Kapitalertragssteuern bei Ausschüttung thesaurierter Gewinne und dem Verzicht auf eine Einschränkung der Verlustvorträge nicht wirklich Sorge dafür getragen, dass Gewinneinkommen in gerechterer Weise zur Finanzierung der öffentlichen Güterbereitstellung beitragen.<sup>25</sup> Und auch die Ungerechtigkeit der personellen Steuerbelastung ist nicht wirklich beseitigt worden: Die Entlastung verteilen sich einigermaßen linear über die gesamte Einkommensspannweite, aufgrund der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums und der Reduktion des Höchsteinkommens, bei dem die Progression endet

---

<sup>24</sup> Selbst Vertreter der Arbeitgeberverbände hatten lediglich gefordert, die Besteuerung auf einen einheitlichen Steuersatz von 20 % zu reduzieren. Die mit der Steuerbefreiung verbundene Hoffnung auf Entflechtung der ‚Deutschland AG‘ jedenfalls scheint sich nicht erfüllt zu haben – vielmehr kam es zu einer Umorganisation der Beteiligungen und einem zweifelhaften Push für die Shareholder-Orientierung deutscher Unternehmen; vgl. Höpner 2000.



(1998: 120.000 DM, jetzt: 104.000 DM = 55.000 €), aber wird der buckelförmige Verlauf der Steuerlast eher noch ausgeprägter. Zumindest in Bereichen der Spitzenverdiener hätte man durch Verlängerung der Progression und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu mehr Steuergerechtigkeit, wenn auch nicht merklich höheren Steuereinnahmen führen können (vgl. von Loeffelholz 2001).

Häufig wird argumentiert, vor die Distributions- hat der Wirtschaftswissenschaftler die Allokationsaufgabe der Fiskalpolitik gestellt – d.h. bevor es etwas zu verteilen gibt, muss die Besteuerung in einer Weise gestaltet werden, dass Einkommen – als Basis der Verteilung – effizient generiert werden kann. Daran war, insbesondere mit Blick auf den Globalisierungsprozess, immer wieder Zweifel geäußert worden, weil in Deutschland bis 1998 Spitzensteuersätze auf Arbeits- und Gewinneinkommen zu entrichten waren, die im internationalen Vergleich am oberen Ende lagen. Mit steigender Mobilität von Kapital und hochqualifizierter Arbeit, so die weitere Argumentation, müsste dies zu einer Abwanderung als Sanktion der hohen Besteuerung und damit einer Erosion des Steueraufkommens führen. Wenngleich für eine derartige Argumentation zwar nicht die nominalen Steuersätze, sondern die effektive Steuerbelastung ausschlaggebend ist – und hier lag Deutschland aufgrund der eingeschränkten Bemessungsgrundlage und der Vielzahl von Ausnahmetatbeständen noch nie im oberen Bereich bei internationalen Steuervergleichen (vgl. Bach 2001 und die dort aufgeführte Literatur) - , kann aufgrund von Informationsunvollkommenheit auch dem Spitzensteuersatz durchaus eine symbolische Bedeutung zukommen. Mit der Einkommens- und Unternehmenssteuerreform sind hier nun sicher Schritte in die richtige Richtung unternommen worden, allerdings darf Deutschland unter einer rot-grünen Bundesregierung nicht zu einem aktiven Akteur eines EU-weiten Steuersenkungswettlaufes werden.

Bleibe noch die Frage der ‚sozialen Gerechtigkeit‘. Die Wahlkampfstrategen der Kampa reklamieren hier: „Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Kündigungsschutz in kleinen Betrieben wieder eingeführt. Betriebsverfassung gestärkt. Lohnnebenkosten gesenkt“ (Vorwärts 2/2002, S. 4). Zweifellos handelt es sich hierbei um wichtige Versprechungen des 1998er Wahlkampfes, die allerdings (mit Ausnahme der Lohnnebenkostensenkung) gerade nicht der ‚linken Angebotspolitik‘ zuzuschreiben sind, sondern traditionellen Werten der Sozialdemokratie entsprechen. Und ‚soziale Gerechtigkeit‘ hatte die ‚Neue-Mitte-Politik‘ ja in ‚Teilnahme- statt ausgleichender Gerechtigkeit‘ umdefiniert: Mit den Job-AQTIV und JUMP-Initiativen sind zwar Versuche unternommen worden, nach dem ‚linksangebotspolitischen‘ Motto ‚Fördern und Fordern‘ die Zugangschancen zum

---

<sup>25</sup> Im Jahr 2001 etwa dürfte der Bundesfinanzminister mehr Steuern aus der Kapitalertragssteuer zurückerstattet als

Arbeitsmarkt zu verbessern, der geringe (und wohl konjunkturbedingte) Rückgang der geringqualifizierter Arbeitslosigkeit von 26 % auf 22% kann aber nicht wirklich als Erfolg bei der Schaffung gleicher Chancen verbucht werden, liegt doch die Arbeitslosigkeit im hochqualifizierten Segment (Hochschulabschluss) sehr viel niedriger (etwa 4 %).

Insgesamt sieht die Bilanz – trotz offensichtlicher Bewertungsschwierigkeiten – der Schröder-Regierung nicht besonders rosig aus. Die bange Frage ‚Ist Schröder gescheitert‘ muss allerdings noch etwas zurückgestellt werden, bis auch der dritte Bewertungsmaßstab angelegt wurde.

### **3.3 Politik als ‚Kunst des Machbaren‘**

Politik in der Mediendemokratie kann sich nicht einfach am ökonomisch Sinnvollen oder programmatisch Gewünschten orientiert, dass es dann linear umzusetzen gelte, sondern muss nach dem politisch Machbaren schauen. Und was machbar ist, entscheiden zwar letztendlich die Wähler, wird aber in zunehmendem Maße von den Medien vorbestimmt. Längst sind es nicht mehr die politischen Parteien, die den Diskurs bestimmen, die Agenda und ihre Themen festlegen, sondern die Medien beschließen, „was sich mit dem politischen und kulturellen Geschmack der nach unten offenen breitest möglichen Schnittmenge der Gesellschaft verträgt, der wiederum durch seine triumphierende mediale Spiegelung bestätigt, bestärkt und durch die nötige Erhöhung der Dosis enthemmt wird“ (Meyer 2001, S. 11). Inszenierungspotential, intellektuelle Bescheidenheit, aber auch die ökonomischen Interessen der Medien als Wirtschaftsunternehmen<sup>26</sup> bestimmen zunehmend den Raum, in dem Politik gestaltet werden kann. Und dies gilt umso mehr, als die Kommunikationsfähigkeit zwischen dem ökonomischen und dem politischen System aufgrund des hohen Grades an Komplexität ökonomischer und gesellschaftlicher Vorgänge sehr beschränkt ist. Wer kann schon wirklich einschätzen, ob eine Sparpolitik im Sinne der oben beschriebenen passiven Anpassung der Ausgabenseite an die medial vermarktbarere Steuersenkung und den symbolischen Haushaltsausgleich gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist? Um wie viel einfacher ist es da, symbolhaft eine ‚Schau-Politik‘ zu inszenieren, die Instrumentenvariablen – denn der öffentliche Haushalt und dessen Konsolidierung ist ja kein Wert an sich, sondern eine Policy-Größe – zu Zielpunkten der eigenen Politik stilisiert. Eigentlich ist der Diskurs um verschiedene politische Handlungsprogramme – die Policy-Ebene – längst durch selbsternannte Medien-Eliten entschieden, lediglich die Instrumentenwahl – die Polity-Ebene – lässt scheinbar noch Raum für Differenzen und

---

eingenommen haben – dies entspricht etwa einem Einnahmeverlust von 25 Mrd. € gegenüber dem Jahr 2000.

<sup>26</sup> In früheren Zeiten waren (Print-)Medien in erster Linie Transporteur ideologischer Standpunkte von Parteien oder Kirchen.

parteiliche Differenzierungen. Was dabei verloren geht, ist dann auch die Betrachtung der Interessengebunden von Politik, die Frage nach dem ‚Wem nützt eine Politik eigentlich?‘. Sie geht unter in dem Blick auf die ‚Mitte der Gesellschaft‘ (vgl. Schröder 2002), die gerade nicht eigene Interessen artikuliert und politisch umzusetzen versucht, sondern sie ist der Projektionsspiegel des zeitgeistigen ‚pensée unique‘. „Das Risiko, durch eine längerfristig angelegte ‚Aufklärungskampagne‘ gegen die augenblickliche Mehrheitsmeinung anzugehen in der Hoffnung, dass am Ende des Prozesses das Gewicht der besseren Argumente dann doch noch zu einer neuen Mehrheit führt, mögen die repräsentativen Spitzenpolitiker im Wettbewerb um die Führungsämter des politischen Systems nur noch in seltenen Ausnahmefällen eingehen, nämlich dann, wenn es handfeste Anhaltspunkte für den Erfolg einer solchen Strategie gibt“ (Meyer 2001, S. 156). Oskar Lafontaine hat dieses Risiko am eigenen Leib erfahren, Gerhard Schröder hingegen ist der Mann der Inszenierung von Mainstream-Politik und er weiß auch genau wofür: „... die SPD braucht gesellschaftspolitische Verhandlungsmacht. Die erreicht sie nur, wenn sie mit ihrem Politikkonzept auch und gerade diejenigen anspricht, die in dieser Gesellschaft das Sagen haben und von der Entwicklung profitieren“ (Schröder 1998a, S. 109).

Die Medien inszenieren Spektakel, sie wollen und müssen unterhalten, um an werbeträchtiges Publikum heranzukommen. Will die Politik in diesem Umfeld noch zur Kenntnis genommen werden, muss sie dem Infotainment-Anspruch der Medien gerecht werden. Dazu gehört die Selbstinszenierung, die personelle Verkopplung von Politikinhalt und Politikträgern, aber auch die Anpassung der Inhalte an die Formate der Medien: Ein ‚Es soll so bleiben wie es ist‘ lässt sich nicht spannend vermarkten, zum gegenwärtigen Lebensgefühl gehört die Veränderung als Ausdruck der Modernität. Überall werden ‚tiefgreifende Veränderungen‘ entdeckt, alles ist ‚neu‘: die New Economy, die neue Arbeitsgesellschaft, die neue Unternehmenskultur, etc. Politik muss offensichtlich mit Wandel antworten, Reformen sind das Mindeste, was erwartet wird: Reform der sozialen Sicherung, Reform des Arbeitsmarktes, Reform der Bundesanstalt für Arbeit und so weiter. Wenn die Reform der Finanzpolitik eine Lehrformel des vorvergangenen Jahrhunderts wiederbelebt (‚ausgeglichener Haushalt‘), so ist das gleichgültig – Hauptsache ‚anders‘ muss es sein. Die Wochenzeitung DIE ZEIT z.B. hat eine eigene Reform-Werkstatt eingerichtet, deren Leiter Uwe Jean Heuser gebetsmühlenartig und fast allwöchentlich die ‚Reform des Arbeitsmarktes‘ anmahnt – da können wissenschaftliche Erkenntnisse wenig ausrichten. Und die neue ‚Agenda Deutschland‘-Serie entwirft Stillstandsszenarien, die allenfalls als Karikatur der Wirklichkeit durchgehen – gleichwohl die Wahrnehmung der Leser beeinflussen und die Politik in Zugzwang bringt.

Für die Politik entsteht so eine problematische Gemengelage: Einerseits muss sie Wandel thematisieren und inszenieren, andererseits muss sie aber auch sicherheitseinflößende Kontinuität suggerieren. Denn so sehr der Wahlbürger als Konsument auch auf Neues, das Andersartige aus ist, so sehr liebt er doch als Gesellschaftsmitglied das Überschaubare, Erwartbare: „Die Bürger haben einen diffusen Wunsch nach Form. Alles, was diesen Wunsch befriedigen könnte, würde als reForm akzeptiert“ (Priddat 2000, S. 121) Gerhard Schröder und seine ‚Politik der Mitte‘ sind diesem Umfeld angepasst, er beherrscht die ‚Kunst des Machbaren‘, ohne das Risiko einer Meinungsführerschaft eingehen zu wollen. Zumindest im Tandem mit Oskar Lafontaine war diese Strategie erfolgreich. Ob die gelegentlich energische Fürsprache für bedrohte Arbeitsplätze – wie z.B. im Falle des Bauunternehmens Philipp Holzmann oder jüngst Bombardier in Sachsen-Anhalt – ausreicht, um den Spagat zwischen Modernisierern und Reformern einerseits und Bewahrern und Traditionalisten andererseits ohne kongenialen Partner zu schaffen, erscheint zumindest fraglich.

#### **4. Ist Schröder gescheitert?**

Schröders politisches Erfolgsrezept war es bislang, sich der ‚Kolonisierung der Politik durch die Medien‘ zu unterwerfen und durch seine Inszenierungsfähigkeit für sich zu nutzen. Seine ‚Politik der neuen Mitte‘ ist der Versuch, die Sozialdemokratie auf politische Konfektionsware zu trimmen. Es geht nicht mehr darum, ein eigenes Lebensgefühl, eine Ideologie, eine Vision zu transportieren, sondern lediglich sich durch modische Accessoires von der Konkurrenz zu unterscheiden und dem Ganzen dann einen werbeträchtigen Namen zu geben: der korporatistischen Politikprozess ‚Bündnis für Arbeit‘ ist diese Differenz, die ‚Zivilgesellschaft‘ der noch nicht richtig eingeführte Name. Dabei könnte der Versuch, Kooperation zu organisieren, statt allein im (marktlichen) Konflikt über wirtschaftliche und gesellschaftliche Ergebnisse entscheiden zu lassen, sehr wohl zu einem genuin sozialdemokratischen Politikprojekt werden, das sich erfolgreich vermarkten ließe. Doch für langfristige Akzeptanz und Legitimation – auch über den 22. November 2002 hinaus – muss ein Politikkonzept größere ‚wahrheitskontrollierte Erfolge‘ (vgl. Habermas 1973, S. 24) nachweisen als Schröders ‚linke Angebotspolitik‘. Langfristig werden Wahlbürger, trotz aller Medienbeeinflussung oder vielleicht auch gerade mit deren Unterstützung, einen Abgleich vornehmen zwischen den Versprechen eines Politikkonzeptes und der erfahrbaren Realität. Bei zunehmender Frustration verliert das Konzept an Legitimation und Bindungskraft – dies galt für den keynesianischen Wohlfahrtsstaat, der das Versprechen der interventionistisch erzeugten Vollbeschäftigung nicht einlösen konnte und gleichzeitig in Inflations- und Finanzprobleme lief,

dies galt ebenso für die konservative Angebotspolitik der Kohl'schen Wende, der es nicht wie versprochen gelang, die Wachstumskräfte wiederzubeleben.

Insbesondere wenn das Versprechen eingelöst werden soll, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nachhaltig zu reduzieren, wird eine künftige rot-grüne Regierung wieder stärker auf traditionelle Steuerungsgrößen – makroökonomische Interventionsvariablen wie Geld- und Finanzpolitik – blicken müssen, als es die ‚linke Angebotspolitik‘ bisher bereit war, zu tun. Dies impliziert keine Rückkehr zum krypto-keynesianischen Steuerungsoptimismus der 1970er Jahre, wohl aber die Akzeptanz der ‚altlinken‘ Interventionsnotwendigkeit und die Bereitschaft zur Auslotung der Interventionsmöglichkeiten, die heute nicht nur wesentlich stärker supranational (also insbesondere in der EU) koordiniert werden müssen als im letzten Jahrhundert, sondern auch die Erkenntnisse der modernen wirtschaftspolitischen Forschung aufnehmen müssen, wonach nur eine Kooperation der verschiedenen Politikträger (Staat, EZB, Tarifparteien) die Probleme vermeiden kann, in die der Krypto-Keynesianismus der 1970er Jahre lief (vgl. Heise 2001a). Wenn es gelänge, einen Makrodialog zwischen den Trägern der Finanz-, Geld- und Lohnpolitik zu initiieren und institutionell abzusichern, könnte tatsächlich ein Positivsummenspiel – mehr Beschäftigung ohne gesamtwirtschaftliche Kosten wie Inflation oder zunehmende Verschuldung – angeregt werden, auf dessen Basis sich dann auch das ‚Bündnis für Arbeit‘ endlich erfolgversprechend jenen Problemen zuwenden könnte, die zweifellos die politische Agenda der nächsten Jahre weiter bestimmen werden: eine Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, eine Fortführung der Renten- und Steuerreform und eine Modernisierung des Arbeitsrechtes. Damit könnten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: die Reformnotwendigkeit wird nicht bestritten, der ‚Modernisierungspathos‘ mithin aufrechterhalten. Die Differenz zwischen Modernisierungsgewinnern (Neue Mitte) und –verlierern (alte Linke) wird geringer und die Zielverwirklichung legitimierte die Politik.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Mediendemokratie und der Dominanz der Weltbildproduktion aus Unternehmenssicht erfordert eine solche Erweiterung der Politikkonzeption allerdings, Gerhard Schröder (2002) beim Wort zu nehmen: „Wir haben gelernt, dass man auch gegen gesellschaftliche Widerstände etwas schaffen kann. Und dass man deshalb allen die Chance geben muss, ihre Ideen und Fähigkeiten zu entwickeln.“ Gesagt, getan?

## Literatur

- Arlt, H.-J.; Politik 2000 folgende. Mutmaßungen über Herkunft und Zukunft; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jg., H.1, 2000, S. 6 – 11
- Aust, A.; ‚Dritter Weg‘ oder ‚Eurokeynesianismus‘? Zur Entwicklung der europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, H.3, 2000, S. 269 - 283
- Bach, St.; Die Unternehmenssteuerreform; in: Truger (2001), S. 47 – 94
- Buslei, H., Steiner, V.; Beschäftigungseffekte und fiskalische Kosten von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich; in: MittAB, H.1, 2000, S. 54 - 67
- Butterwegge, Chr.; Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen 2001
- Esser, J., Schroeder, W.; Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum dritten Weg; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, 1999, S. 51 - 61
- Ehrke, M.; Der Dritte Weg und die Europäische Sozialdemokratie; in: perspektiven ds, 17. Jg., H.1, 2000, S. 5 – 17
- Giddens, A.; Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt 2001
- Glyn, A., Wood, S.; Die Wirtschaftspolitik von New Labour; in: Hein/Truger (2000), S. 51 – 88
- Habermas, J.; Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973
- Heimann, S.; Die SPD in den neunziger Jahren; in: perspektiven ds, Jg. 18, H.3, 2001, S. 61 - 88
- Hein, E., Truger, A. (Hrsg.); Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Europa, Marburg 2000
- Heinze, R.G., Schmid, J., Strünck, Chr.; Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den 90er Jahren, Opladen 1999
- Heise, A.; Sozialdemokratie, Keynesianismus und Arbeiterselbstverwaltung; in: ders. (Hrsg.); Arbeiterselbstverwaltung, München 1989, S. 71 – 88
- Heise, A.; Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zwischen Rechts und Links; in: perspektiven ds, 17. Jg., H. 1, 2000, S. 31 – 45
- Heise, A.; Von den Nachbarn lernen. Zur komparativen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Großbritannien und Deutschland; in: Comparativ, 10. Jg., H.3, 2000, S. 90 - 111
- Heise, A.; Der Kölner Prozess – Theoretische Grundlagen und erste Erfahrungen mit dem EU-Makrodialog; in: Integration, H. 4, 2001, S. 390 – 402
- Heise, A.; New Politics. Integrative Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert, Münster 2001
- Heise, A.; Raus aus der Spar-Zwangsjacke; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.3, 2002, S. 269 - 271

- Hickel, R.; Mit Schrumpfpolitik lässt sich nicht wachsen. Eine erste Bilanz rot-grüner Steuerpolitik; in: Schmitthenner, H., Urban, H.-J. (Hrsg.); Sozialstaat als Reformprojekt, Hamburg 2000, S. 239 – 259
- Höpner, M.; Unternehmensverflechtung im Zwielficht. Hans Eichels Plan zur Auflösung der Deutschland AG; in: WSI-Mitteilungen, Jg. 53, H. 10, 2000, S. 655 - 663
- Jens, U.; Weltwirtschaftliche Veränderungen und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; in: Kurlbaum, G., Jens, U. (Hrsg.); Beiträge zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, Bonn 1983
- Kaltenborn, B.; Wirkungsanalysen von Niedriglohnkonzepten; in: IAB-Werkstattbereich Nr. 19, 1999
- Kesselman, M.; Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nach dem Ende des Keynesianismus; in: Borchert, J. et al. (Hrsg.); Das sozialdemokratische Modell. Organisationsstrukturen und Politikinhalte im Wandel, Opladen 1996, S. 135 – 168
- Lafontaine, O.; Deutschland braucht eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Rede am 31.03.1998 vor dem Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung; [http://www.spd.de/archiv/wirtschaft/Wir19980331\\_433.html](http://www.spd.de/archiv/wirtschaft/Wir19980331_433.html)
- Merkel, W.; Die dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert; in: perspektiven ds, 18. Jg., H. 1, 2001, S. 17 – 53
- Meyer, Th.; Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt 2001
- Möhring-Hesse, M.; Arbeit am Gerechtigkeitsbegriff; in: perspektiven ds, 17. Jg., H.4, 2000, S. 21 – 34
- Priddat, B. P.; reForm. Über den Wunsch nach Form in der Politik; in: ders. (Hrsg.); Der bewegte Staat. Formen seiner ReForm – Notizen zur ‚new governance‘, Marburg 2000, S. 119 - 166
- Priewe, J., Sauer, T.H.W.; Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt; in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften, H. 116, 29. Jg., 1999, S. 395 - 410
- Scharping, R.; Wir schaffen das moderne Deutschland; in: perspektiven ds, 15. Jg., H.2, 1998, S. 86 – 94
- Schettkat, R.; Sind Arbeitsmarkttrigiditäten die Ursache der Wirtschaftsschwäche in Deutschland? Der niederländische und der deutsche Sozialstaat im Vergleich; in: WSI-Mitteilungen, H.11, 2001, S. 674 – 684
- Schröder, G.; Deutschland im globalen Wettbewerb – Aufgaben der Sozialdemokratie; in: Scherer, K.-J., Tiemann, H. (Hrsg.); Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Marburg 1998, S. 106 - 112

- Schröder, G.; Das Bündnis als Fokus der Politik der neuen Mitte; in: Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 49 – 56
- Schröder, G.; Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft; in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr.4, 2000, S. 200 – 207
- Schröder, G.; Die Mitte in Deutschland. Rede auf dem SPD-Kongress am 20.02.2002 in Berlin, <http://www.spd.de/Kongresse>
- Schröder, G., Blair, T.; Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten; in: Perspektiven ds, 16. Jg., 1999, S. 4 – 17
- Schulmeister, St.; Die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den USA und Deutschland in den neunziger Jahren; in: Heise, A.; USA – Modellfall der New Economy, Marburg 2001, S. 131 – 167
- Seidel, B.; Die Einkommenssteuerreform; in: Truger (2001), S. 21 - 46
- Sitte, R.; Vieles besser, aber nicht alles anders. Zur finanz- und sozialpolitischen Strategie der rot-grünen Koalition; in: WSI-Mitteilungen, H.6, 2000, S. 355 – 364
- Stöss, R., Neugebauer, G.; Die SPD bei der Bundestagswahl 1998: Historischer Wahlsieg mit Risiken; in: Perspektiven ds, 16. Jg., H. 1, 1999, S. 49 - 55
- Streeck, W., Heinze, R.G.; Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs; in: Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion-Kritik-Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 147 – 166
- Truger, A. (Hrsg.); Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Marburg 2001
- von Loeffelholz, H. D.; Perspektiven und Optionen der Vermögensbesteuerung in Deutschland; in: Truger (2001), S. 229 - 246



## Arbeitspapiere zur Politischen Ökonomie und ökonomischen Bildung

Bisher erschienen:

Nr. 1: Arne Heise – Währungsunion und Koordinierung. Gegenwärtige Mängel und künftige Erfordernisse in der Europäischen Währungsunion, November 2001

Nr. 2: Arne Heise – Loblied auf den kooperativen Zentralbanker, November 2001

Nr.3: Arne Heise – Public deficits, budgetary consolidation and all that ... Public finances in Germany and the United Kingdom: a comparison, November 2001

Nr. 4: Arne Heise – Versprochen und gehalten? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte von Rot-Grün auf dem Prüfstand, März 2002